

## **Informationen zur Entwicklung der Länderfinanzen**

Im August 2010 ging die Projektion des Bundesfinanzministeriums für die Entwicklung der öffentlichen Haushalte der verschiedenen staatlichen Ebenen bis 2014 noch davon aus, dass die Neuverschuldung der Länder in 2010 insgesamt 30 Mrd. Euro betragen wird, in 2011 32 Mrd. Euro, also sogar höher als 2010. In den Planungen der Bundesländer selbst war für 2010 sogar ein Finanzierungsdefizit von zusammen über 35 Milliarden Euro eingeplant.

Tatsächlich verlief die Entwicklung 2010 günstiger und wird voraussichtlich auch 2011 günstiger verlaufen als erwartet.

Das Finanzierungsdefizit fiel bis Ende November 2010 um 5,9 Milliarden Euro geringer aus statt (im Gesamtjahr) um knapp 10 Milliarden Euro anzusteigen. (Monatsberichte des BMF Januar 2011, S. 93, und Februar 2010, S. 118)

Januar bis November 2010 sanken die Ausgaben der Länder gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,1 Milliarden Euro bzw. 0,8 Prozent, anstatt um 1,3 Prozent zu steigen (im Jahressoll 2010 gg. Ergebnis 2009). Dabei stiegen die Personalausgaben um 3,0 Prozent bzw. 2,8 Milliarden Euro, davon entfielen mehr als 1,1 Milliarden Euro auf höhere Versorgungsausgaben.

Die Einnahmen stiegen um 3,8 Milliarden Euro bzw. 1,7 Prozent, anstatt um 2,3 Prozent zu sinken. Dabei lagen die Steuereinnahmen bis Ende November noch um 2,1 Milliarden Euro niedriger als im gleichen Zeitraum 2009. Für das Gesamtjahr und nach Ergänzungszuweisungen des Bundes stiegen die Steuereinnahmen der Länder aber 2010 gegenüber 2009 um 1,4 Prozent bzw. 2,9 Milliarden Euro auf 210,1 Milliarden Euro. Gegenüber der Steuerschätzung vom November 2010 waren das 2,0 Milliarden Euro mehr als erwartet. (Monatsbericht des BMF Januar 2011, S. 15)

Die aktuellen Prognosen gehen davon aus, dass die Steuereinnahmen 2011 kräftig steigen werden (z.B. DIW WB 1-2/2011: plus 4,1 Prozent). Deshalb dürften auch die Einnahmen der Länder deutlich höher ausfallen als in 2010 und als im letzten Jahr erwartet. Ein um ein Prozent höheres Steueraufkommen der Länder entspricht etwa zwei Prozent ihrer Personalausgaben.

Die Bundesregierung geht in ihrem Jahreswirtschaftsbericht davon aus, dass das nominale Bruttoinlandsprodukt 2011 um 3,3 Prozent steigen wird (preisbereinigt um 2,3 Prozent). Ein Anstieg der Ausgaben um weniger als 3,3 Prozent im Jahr 2011 würde also eine weitere Schrumpfung der öffentlichen Ausgaben bzw. des Sozialstaats relativ zur Wirtschaftsleistung bedeuten.